

HANNS-SEIDEL-STIFTUNG E.V.

BERICHTE AUS DEM AUSLAND
19 / 2007

Politischer Sonderbericht zur irakischen Flüchtlingskrise

3. Dezember 2007

Stephanie Knoll / Ulf Gartzke
Verbindungsstelle Washington



Herausgeber:

**Büro für Verbindungsstellen Washington, Brüssel, Moskau/
Internationale Konferenzen
Verantwortlich: Ludwig Mailinger**

Adresse:

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstr. 33
80636 München
Tel.: +89 1258-202 oder -204
Fax: +89 1258-368
E-Mail: mailing@hss.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werks darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Herausgebers reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Politischer Sonderbericht zur irakischen Flüchtlingskrise

1. Die aktuelle Situation der irakischen Flüchtlinge

- Jeder zehnte Iraker ist bislang aus seiner Heimat geflohen. Laut dem neuesten Bericht des Hohen Kommissars für Flüchtlinge der Vereinten Nationen (UNHCR) sind über 4 Millionen Iraker auf der Flucht: 2,2 Millionen innerhalb des Iraks und etwa die gleiche Anzahl in den Nachbarstaaten, insbesondere in Syrien und Jordanien. In Syrien leben laut UN-Angaben heute bis zu 1,4 Millionen Iraker, in Jordanien ca. 750.000. Iran hat 57.000 Flüchtlinge aus dem Nachbarland aufgenommen, Ägypten 70.000, der Libanon 40.000 und die Türkei 10.000.
- Die bis heute anhaltende Massenflucht begann nach UNHCR-Angaben mit dem Anschlag auf das schiitische Heiligtum in der Sunniten-Stadt Samarra im Februar 2006, der eine bis heute andauernde Welle der Gewalt zwischen den Religionsgruppen auslöste. Seitdem wurden Tausende Iraker vertrieben, jeden Monat kamen bislang ca. weitere 60.000 hinzu (die Zahl stieg von 40.000 Anfang 2007 auf 60.000 im August 2007).
- Die Kapazitäten der Nachbarländer, die große Zahl der irakischen Flüchtlinge zu verkraften, sind längst an ihre Grenzen gestoßen. Aufgrund der enormen Belastung für die Gesellschaft und Wirtschaft des eigenen Landes sah sich Syrien im Oktober 2007 gezwungen, als letztes Nachbarland seine Grenzen zum Irak zu schließen. Alle irakischen Staatsbürger brauchen jetzt ein spezielles Visum der syrischen Botschaft, bevor sie die Grenzen passieren dürfen. Das wird die Flucht für den Durchschnitts-Iraker deutlich erschweren.
- Es sieht im Moment nicht so aus, als könnten die vielen Flüchtlinge in Kürze wieder in ihre alte Heimat zurückkehren. Das wirft natürlich die Frage nach ihrem zukünftigen Status in der neuen „Heimat“ auf. Im Gegensatz zu anderen von Krieg erschütterten Regionen gibt es keine provisorischen Zeltstädte für die Heimatlosen. Sie haben sich in urbanen Gegenden wie Damaskus oder Amman angesiedelt. Dementsprechend gering fiel die bisherige internationale Medienresonanz auf diese humanitäre Katastrophe aus. Zusätzlich erschwert wird die Situation durch die Tatsache, dass weder Jordanien noch Syrien zu den Staaten gehören, die das Internationale Flüchtlingsabkommen von 1951 unterzeichnet haben. Deswegen werden die Iraker in beiden Ländern nur als „Gäste“ geduldet und haben keinen Anspruch auf bestimmte Rechte wie z.B. Zugang zu Bildung oder medizinische Versorgung. Da die meisten Iraker keine Arbeitsgenehmigung haben und die Arbeitslosigkeit in Syrien und dem Jordan schon vor der jüngsten Flüchtlingswelle hoch war, arbeiten diese oft schwarz für einen Hungerlohn. Viele Frauen versuchen ihre Familien durch Prostitution am Leben zu erhalten.
- 22.200 Iraker stellten laut UNHCR im vergangenen Jahr Asylanträge in Industrieländern. Allein im ersten Halbjahr 2007 lag die Zahl der Bewerber demgegenüber bereits bei 19.800. Mit 9.000 Anträgen gingen erneut die meisten Bewerbungen in Schweden ein, das eine relativ liberale Asylpolitik verfolgt. Amerika ist mit nur 535 Anträgen im Jahr 2006 auf der UNHCR-Liste hingegen weit abgeschlagen. Das liegt unter anderem an der sehr restriktiven Asylpolitik, die Amerika seit dem 11. September 2001 verfolgt – auch dem Irak gegenüber.

2. Die amerikanische Asylpolitik gegenüber den irakischen Flüchtlingen

- Während die USA zu Zeiten des Regimes von Saddam Hussein jährlich noch mehrere Tausend Flüchtlinge aus dem Irak aufnahmen (1997: 2.679), so hat sich diese Zahl nach dem 11. September 2001 auf fast ein Zehntel reduziert. 202 irakische Flüchtlinge nahm die USA im vergangenen Jahr auf; seit der eigenen Invasion 2003 insgesamt nur 466 Personen.
- In Reaktion auf die anhaltende Massenflucht im Irak und die geringe Aussicht einer Rückkehr der Flüchtlinge hat sich die Bush-Administration Anfang 2007 damit einverstanden erklärt, sich an einem irakischen UN-Flüchtlingsprogramm zu beteiligen, dass eine Umsiedlung („resettlement“) von Tausenden Irakern in die USA möglich macht. Von 7000 Flüchtlingen war im Februar die Rede. Ellen Sauerbrey, Assistant Secretary of State for Population, Refugees and Migration des US-Außenministeriums, nannte im Oktober sogar die Zahl von 12.000 Personen, die noch 2007 umgesiedelt werden sollen. Bislang sind die USA allerdings weit von diesen Zahlen entfernt. Nach eigenen Angaben sind bis September 2007 lediglich 1.429 irakische Flüchtlinge in den Vereinigten Staaten angekommen.
- Die Gründe dafür liegen zum einen im äußerst komplizierten Bewerbungs- und Auswahlverfahren, das häufig drei bis fünf Monate Wartezeit in Anspruch nimmt. Hinzu kommt, dass sich Iraker für dieses Flüchtlingsprogramm nicht vom Irak aus bewerben können. Sie müssen zuerst das Land verlassen und von den Nachbarstaaten aus den Antrag stellen. Aufgrund der angespannten Sicherheitslage können laut State Department derzeit keine Auswahlverfahren („screening“) im Irak stattfinden. Allerdings räumt die zuständige Behörde Probleme bei dem Auswahlprozess in den Nachbarländern ein. Syrien, das bis Oktober 2007 als einziges Land seine Grenzen geöffnet hatte, verwehrt Mitarbeitern des Department of Homeland Security (Heimatschutzministerium), die die Interviews durchführen, noch bis Anfang November 2007 die Einreise. Auch danach wurde nur eine kleine Anzahl Beamter zugelassen. Daher fand die Auswahl und Überprüfung der Bewerber bisher vor allem in Amman (Jordanien) und der Türkei statt, vereinzelt auch in Ägypten. Die ersten Flüchtlinge, die bislang die USA erreichten, waren deshalb vornehmlich aus der Türkei.
- Neben dem offiziellen Flüchtlingsprogramm hat die US Regierung ein Spezialprogramm ins Leben gerufen, für alle Iraker, die für die US Regierung oder das US Militär arbeiten und daher besonderen Gefahren ausgesetzt sind. Im Zuge dieses Programms kann das Department of Homeland Security bis zu 500 Personen im Jahr 2007 und 2008 eine permanente Aufenthaltsgenehmigung als „special immigrant“ ausstellen. Durch die zahlenmäßige Beschränkung kommt diese bevorzugte Behandlung aber nur wenigen Privilegierten zugute; v.a. den Vollzeitbeschäftigten der amerikanischen Botschaft in Bagdad und einigen Dolmetschern. Die „New York Times“ kritisiert in diesem Zusammenhang, dass insgesamt etwa 69.000 Iraker für die Vereinigten Staaten arbeiten, angefangen vom Fahrer bis zur Reinigungskraft. Obwohl diese Personen ebenfalls Opfer von gezielten Anschlägen sind, können sie auch in Zukunft nicht mit besonderer amerikanischer Unterstützung rechnen.

Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie in der Januar/Februar 2008-Ausgabe der „Politischen Studien“ der Hanns-Seidel-Stiftung.

Stephanie Knoll ist z.Z. Research Fellow bei der HSS-Verbindungsstelle Washington.

Ulf Gartzke ist Leiter der HSS-Verbindungsstelle Washington.